

1530/AB XXI.GP  
Eingelangt am: 19.01.2001

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GENERATIONEN

Beantwortung  
der Anfrage der Abgeordneten Muttonen  
**betreffend „Gender Mainstreaming“, Nr. 1585/J**

Zur vorliegenden Anfrage führe ich folgendes aus:

Zu den Fragen 1, 3 und 4:

Im Sinne einer Umsetzung der bereits international verankerten Strategie des Gender Mainstreaming in Österreich bemühe ich mich, eine systematische Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen und Lebensbedingungen von Frauen und Männern in den Politiken der Ressorts voranzutreiben.

Notwendige Grundlage für die Umsetzung einer Gleichstellungspolitik auf breiter Basis ist ein expliziter politischer Wille. Im Regierungsübereinkommen ist festgelegt, dass Frauenpolitik ein breiter politischer Gestaltungsauftrag ist und damit in die Zuständigkeit aller Ressorts fällt. Die Integration von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft muss angestrebt werden und Bewusstseinsbildung betrieben werden, um Veränderungen von Einstellungen und Sichtweisen in diese Richtung zu erreichen.

Zur Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming in Österreich wurde mit Ministerratsbeschluss vom 7. Juli 2000 eine Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming gegründet, deren 1. Sitzung am 10. November 2000 stattgefunden hat. Bei dieser Sitzung wurden gemeinsam mit den

Ressortbeauftragten weitere Schritte für die Umsetzung des Gender Mainstreaming in allen Ressorts erarbeitet.

Ziel der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming ist es, den Prozess des Gender Mainstreaming in allen Ressorts und auf allen politischen Ebenen zu unterstützen und zu begleiten. Die Aufgabe der Ressortbeauftragten ist es wiederum, für die Umsetzung zu sorgen und zwar durch den Austausch von Informationen und nachahmenswerten Initiativen in den Ressorts, die Entwicklung von Kriterien für den Gender Mainstreaming Ansatz, den Austausch von best - practice Beispielen sowie die Auflistung von laufenden Projekten, Maßnahmen und Gesetzen, die für eine Überprüfung durch die Gender Mainstreaming Ziele sinnvoll sind.

Als konkretes Beispiel zu Gender Mainstreaming in meinem Ressort ist die ressortinterne Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming zu nennen, die sich aus Vertreterinnen aller Sektionen zusammensetzt. Sie trifft sich alle 6 Wochen zur konkreten Umsetzungsarbeit.

Im Rahmen der seit 1999 bestehenden Ressortarbeitsgruppe Gender Mainstreaming gibt es derzeit Bestrebungen, Gender Mainstreaming bei folgenden Aktivitäten zu berücksichtigen:

- Im Rahmen des Projektes „Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz im BMSG“ wird es zur Einrichtung sogenannter Gesundheitszirkel mit verschiedenen Themenschwerpunkten kommen. Ein Gesundheitszirkel wird sich mit den „Geschlechtsspezifischen Belastungen am Arbeitsplatz“ beschäftigen;
- Im Rahmen von Behindertenprojekten sollen Gender Mainstreaming Maßnahmen durchgeführt werden;
- Beim Projekt „Frauen - und familienfreundliche Gemeinde“ sollen die Gender Mainstreaming Beauftragten einbezogen werden
- Eine Studie zur Erfassung von Daten im Sinne von Gender Mainstreaming bei stationären Krankenhausaufenthalten ist geplant;

Als weiteres Beispiel einer Umsetzung des Gender Mainstreaming Ansatzes möchte ich den Frauenfachbeirat für Verkehrsangelegenheiten anführen, der 1999 im damaligen Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr gegründet wurde. Es handelt sich dabei um einen Beirat gem. § 8 des Bundesministeriengesetzes.

Der Beirat hat die Aufgabe der Beratung aus frauenpolitischer Sicht bei legislativen, planerischen, ökonomischen und organisatorischen Maßnahmen des Ressorts und bei Förderprogrammen, die Auswirkungen auf die Gestaltung des Verkehrssystems haben. Als konkrete Maßnahme wurde zum Beispiel im Vorjahr auf Vorschlag des Beirates ein Frauenlehrstuhl eingerichtet und mit einer Frau besetzt. Auch eine Studie über den Begleitverkehr wurde in Auftrag gegeben, die Ergebnisse werden gerade in einigen Gemeinden problemäßig umgesetzt.

Zu Frage 2:

In die IMAG Gender Mainstreaming hat jedes Ressort eine Ressortbeauftragte/einen Ressortbeauftragten für Gender Mainstreaming entsandt.

Die IMAG setzt sich derzeit aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern der folgenden Ressorts zusammen: Bundeskanzleramt, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Justiz, Bundesministerium für Landesverteidigung, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport, Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Ressorts sind überwiegend in leitender Funktion tätig und werden die Informationen, Arbeitsaufträge und Ergebnisse der IMAG Gender Mainstreaming in die Ministerien einbringen.

Zu Frage 5:

Im Bereich der genannten ressortinternen Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming in meinem Ressort hat sich bereits eine Unterarbeitsgruppe Legistik konstituiert, in der eine Empfehlung für geschlechtergerechtes bzw. geschlechtersymmetrisches Formulieren von Normen diskutiert wurde. Derzeit laufen Bestrebungen, diese Unterarbeitsgruppe im Rahmen der IMAG Gender Mainstreaming um Vertreterinnen und Vertreter der legistischen Abteilungen aller Ressorts zu erweitern, um die Empfehlung für geschlechtergerechtes Formulieren von einem breit gestreuten Expertenkreis zu erarbeiten.